Tagung „Friedensverantwortung der Religionen“ im Auswärtigen Amt

20. Juni 2018

Auf der Suche nach dem Frieden. Von Benjamin Lassiwe. Berlin (KNA).

Buddhistische Mönche im traditionellen orangefarbenen Gewand. Islamische Geistliche mit traditioneller Kopfbedeckung. Und lutherische Pfarrerinnen aus Finnland, die zum schwarzen Kleid den weißen Priesterkragen trugen. Sie alle saßen am Dienstag im Weltsaal des Berliner Auswärtigen Amtes. Auf Einladung von Außenminister Heiko Maas (SPD) und seines finnischen Kollegen Timo Soini fand dort die Tagung „Friedensverantwortung der Religionen“ statt.

„Ein großes Ziel eint uns: Frieden zu schaffen und dem Frieden zu dienen“, sagte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD). „Ich kenne keine Religionsgemeinschaft, die nicht den Anspruch hat, Frieden zu stiften.“ Doch die Realität in der Welt sieht oft anders aus.

In vielen Regionen der Welt gibt es nach seinen Angaben derzeit keine Konflikte, die nicht zumindest vorgeblich religiös motiviert sind. Roth beschrieb das am Dienstag als die „dunkle Seite“ der Religion: „Wir erleben, dass Terror, Gewalt und Unterdrückung mit religiösen Motiven begründet werden.“

Das Auswärtige Amt hatte deswegen schon vor einem Jahr die Initiative „Friedensverantwortung der Religionen“ gestartet. Im Zentrum der ersten Konferenz stand damals der Islam. In diesem Jahr sind nun erstmals auch Vertreter der nicht-abrahamitischen Religionen eingeladen: Hindus, Buddhisten, Shintoisten und Daoisten.

„Der große Kontinent Asien mit seinen vielen Staaten und Nationen ist nicht nur einzigartig wegen der Vielfalt und Fülle der dort seit langem verwurzelten Religionen“, sagte Roth. Doch auch in Asien werde Religion immer stärker instrumentalisiert: Religiös motivierte Gewalttaten gegen religiöse Minderheiten hätten zugenommen.

Auf der Berliner Tagung ging es schwerpunktmäßig um vier Themen: Die Mediation durch Religionsvertreter, das Verhältnis von Religion und Medien, die Friedenserziehung und die Gleichberechtigung der Geschlechter. Und weil es ein erklärtes Ziel des Auswärtigen Amtes war, den Religionsvertretern einen geschützten Raum zur Debatte zu bieten, fand die Tagung weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Profitieren konnten alle Beteiligten dabei von der Expertise aus dem hohen Norden. Denn das finnische Außenministerium setzt schon seit vielen Jahren auf die Kompetenz von Religionsgemeinschaften in der Konfliktlösung, sagte der finnische Sonderbotschafter für den interkulturellen und interreligiösen Dialog, Pekka Metso, der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) am Rande der Veranstaltung.

In Finnland gebe es etwa ein „Forum der Religionen“, in dem die drei abrahamitischen Religionen zum Wohle des Landes kooperierten. Und auch die finnische Unterstaatsministerin Anne Sipiläinen machte zu Beginn der Konferenz deutlich, dass Mediation schon lange ein Ansatz der finnischen Außenpolitik sei. „Ein dauerhafter Friede erfordert eine weite Bandbreite an Akteuren“, sagte Sipiläinen. „Anstelle den Staat und die Religionen als inkompatibel darzustellen, sollten wir Möglichkeiten der Kooperation suchen.“

Dass dabei noch längst nicht alle Probleme gelöst sind, machte eine kleine Episode bei der Podiumsdiskussion im Weltsaal deutlich. Die erste muslimische Hochschulrektorin in der islamischen Welt, Zaleha Kamarudin, sprach sich für eine Demystifizierung der Scharia aus. „Wir schauen auf den Geist und die Seele der Scharia und übersetzen das in etwas, was man leicht verstehen kann.“

Roth dagegen sagte, dass man heute „ein klares Signal“ und einen „Konsens“ brauche, dass „bestimmte Regeln in einer zivilisierten Gesellschaft, die die Rechte und die Würde aller achtet, nicht mehr anwendbar sind.“ Ansonsten werde es in der Gesellschaft schlicht keine Grundakzeptanz der Religionen geben.

Zugleich betonte er, religiöse Repräsentanten genössen oft hohes Ansehen und Vertrauen. Dies sei ein wertvoller „Schatz des Friedens“, der genutzt, gefördert und ausgebaut werden müsse, so sein Fazit. Es sei nicht akzeptabel, wenn Menschen im Namen einer Religion anderen Menschen die Menschlichkeit absprächen oder Gläubige zu Hass, Gewalt und Intoleranz aufgerufen würden. Dann könne und dürfe der Staat nicht neutral bleiben.

(KNA – skqlt-89-00143)

Stand: 16. November 2026